

Die Abwehrfront bröckelt

Priorisierungsdebatte kommt im Herbst!

Wollen wir nicht, brauchen wir nicht ... Rationierung und Priorisierung im Gesundheitswesen sind Reizworte, die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und ihre Parteifreunde derzeit gar nicht mögen. Sie scheuen eine solche Debatte wie der Teufel das Weihwasser.

[von Reinhold Schlitt]

➔ Doch das Thema wird schon bald auf der politischen Agenda stehen – spätestens nach der Bundestagswahl im Herbst. Das ergibt sich aus Äußerungen von Gesundheitspolitikern der Bundestagsfraktionen CDU/CSU und FDP Ende Mai bei einer Veranstaltung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) über die Zukunft der GKV-Versorgung. Bundesärztekammer-Präsident Professor Jörg-Dietrich Hoppe, der selbst nicht unter den Diskutanten war, dürfte dieses Eingeständnis mit Genugtuung vernommen haben. Er hatte im Vorfeld des Deutschen Ärztetages in Mainz für eine gesamtgesellschaftliche Debatte über eine Priorisierung von GKV-Leistungen geworben und wurde dafür heftig kritisiert. Gleichwohl brachte der Ärztetag mit Blick auf die zunehmende Mittelknappheit in der Gesetzlichen Krankenversicherung eine entsprechende Entscheidung auf den Weg.



Hans Georg Faust (CDU)

Hans Georg Faust, stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Gesundheitsausschusses, gab den Ärzten nun Recht: „Wir müssen die Diskussion um diese Mittelknappheit führen (...)“. Das Problem sei nicht nur für Ärzte und Gesundheitsökonomien bedeutend, sondern „auch für Juristen, Theologen und Journalisten, die dieses Thema transportieren – und das nicht nur reflexartig, wenn ein Ärztekammerpräsident zu diesem Thema Stellung bezieht“.

Faust wandte sich dagegen, es in der Öffentlichkeit „bei einem Aufschrei der Empörung (zu belassen) und nicht mehr über die Inhalte seiner (Hoppes, d. A.) Aussagen zu diskutieren, die teilweise sehr bedenkenswert sind“.



Daniel Bahr (FDP)

Wie sein CDU-Kollege rechnet auch der FDP-Gesundheitspolitiker **Daniel Bahr** mit einer baldigen Priorisierungsdebatte. „Wir werden im Herbst auf jeden Fall eine Diskussion über die Frage bekommen, was der Leistungskatalog eigentlich darstellt und wie wir die Gesetzesvorschrift, wonach die GKV-Leistungen das Maß des medizinisch Notwendigen nicht überschreiten dürfen, definieren.“ Dabei geht es nach seiner Prognose auch um Fragen, welche Risiken gesetzlich Versicherte in Zukunft selbst absichern

müssen oder wie die Beitragslast verteilt wird. Der SPD wie auch dem anwesenden Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums, Franz Knieps, prophezeite Bahr: „Dieser Debatte werden Sie sich stellen müssen!“

Er könne gleichwohl verstehen, „dass man über solche Fragen vor den Wahlen nicht diskutieren will“. Das Defizit der Krankenkassen werde derzeit über den Gesundheitsfonds ausgeglichen, aber es werde immer größer. In einer künftigen Bundesregierung wird es nach Bahrs Meinung aber keinen Finanzminister geben, der bereit ist, diesen Verschuldungskurs fortzusetzen. Andererseits könne der Beitragssatz angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht weiter steigen. Folglich blieben nur wenige Spielräume, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. KBV-Chef



KBV-Chef Andreas Köhler



Franz Knieps

Andreas Köhler, Gastgeber der Diskussionsrunde, hatte angesichts solcher politischen Positionen leichtes Spiel, sich erneut hinter Hoppe und dessen Forderung einer „Priorisierungsdebatte“ zu stellen: „Wir geben nach wie vor ein uneingeschränktes Leistungsversprechen für eine begrenzte Menge Geld ab. Da darf man die Frage stellen, ob das angesichts der Realitäten noch zeitgemäß ist, oder ob nicht mehr Eigenverantwortung gefordert werden muss.“

Gute Reise

Mehrmals wurde in der Diskussion die Frage von Zuzahlungserhöhungen für Patienten ins Spiel gebracht. BMG-Abteilungsleiter **Franz Knieps** kommentierte dies mit den Worten: „Ich wünsche jedem eine gute Reise, der damit im Wahlkampf antritt.“ Eher kann er sich vorstellen zu überlegen, was getan werden könne, „um die Zahl von Arztbesuchen zu reduzieren (...)“.

Bildnachweis: Reinhold Schlitt (4)